

Das Berufungsurteil im L'Aquila-Prozess vom 10. November 2014

Thomas Braun, Arezzo, Italien, <thomas.braun@ingv.it>

Am 6. April 2009 ereignete sich in den Abruzzen bei L'Aquila ein Erdbeben der Stärke $M_W = 6,3$. Es gab 309 Todesopfer, mehr als 1.500 Verletzte und 50.000 Personen mussten ihre beschädigten Häuser verlassen.

Am 22. Oktober 2012 wurden sieben Experten (Franco Barberi, Enzo Boschi, Michele Calvi, Bernardo De Bernardinis, Mauro Dolce, Claudio Eva, Giulio Selvaggi) in erster Instanz vom Gericht in L'Aquila wegen fahrlässiger Tötung zu sechs Jahren Haft und einer Geldstrafe von 8 Millionen Euro verurteilt. Alle Verurteilten waren Teilnehmer einer Sitzung der Großen Risiko-Kommission (GRK), die für den 31. März 2009 einberufen wurde, da am Tage zuvor Meldungen verbreitet worden waren, dass in der Gegend bei Sulmona (50 km südöstlich von L'Aquila) ein schweres Erdbeben bevorstehen würde.

Wie bereits mehrfach ausführlich berichtet sind die Einzelheiten, Umstände und Hintergründe, die zu diesem Urteil führten, sehr komplex und können u.a. bei BRAUN (DGG-Mitt. 1/2013: 32-34, 2/2013: 37-39, 3/2013: 43-45, 1/2014: 35-37) und ROSEN (<http://sites.agu.org/wp-content/uploads/2014/10/LAquila_7.pdf>) nachgelesen werden. Grund für die Verurteilung in erster Instanz war die „vorsätzliche und absichtliche Beruhigung der Bevölkerung“, die von Seiten führender Mitglieder des Nationalen Zivilschutzes über verschiedene Medien verbreitet worden sei. Gemäß den Klägern führten diese beruhigenden Aussagen dazu, dass ein Großteil der Bevölkerung entgegen den traditionellen Gewohnheiten auch nach einem Ereignis der Magnitude $M_L = 4,0$, wenige Stunden vor dem Hauptbeben, die Häuser nicht verließ. Dieses anomale Verhalten hatte dann bekanntlich für viele Menschen verhängnisvolle Konsequenzen.

Welche waren die beruhigenden Aussagen, wer äußerte sie, und wer wurde verurteilt?

Von den zehn Teilnehmern wurden in erster Instanz nur jene sieben mit technisch-wissenschaftlichen Kompetenzen verurteilt; die anderen drei Teilnehmer – alle Administratoren (L'Aquilas Bürgermeister Cialente und zwei Funktionäre des regionalen Zivilschutzes, Stati und Leone) – wurden von vornherein von der Anklage ausgeschlossen. Entgegen den Feststellungen des Gerichtes der ersten Instanz waren nicht alle verurteilten Sitzungsteilnehmer auch Mitglieder der GRK, und auch nicht alle Verurteilten spielten die gleiche Rolle. Da in Italien die Informationsverbreitung generell Aufgabe des Zivilschutzes (ZS) ist, gaben folglich auch nur dessen Funktionäre Radio- und Fernsehinterviews. Diese sollten, gemäß den Anweisungen ihres Chefs Guido Bertolaso, „eine medienwirksame Operation“ werden und auf die Bevölkerung beruhigend wirken.

Insbesondere der angeklagte Bernardo De Bernardinis (Vizechef des Nationalen ZS) und die nicht angeklagte Daniela Stati (Chefin des Regionalen ZS) machten in Interviews eben entsprechende, beruhigende Aussagen. Beide sind gebürtige Abruzzesen, was für die Bewohner L'Aquilas die Authentizität ihrer Aussagen zusätzlich unterstrich. Sowohl De Bernardinis als auch Stati verbreiteten beispielsweise die Geschichte vom seismischen Spannungsabbau, wonach das Auftreten vieler kleiner Beben angeblich die aufgestaute Spannung in der Erdkruste abbaut und damit das Auftreten eines starken seismischen Ereignisses verhindert. Entsprechende Aussagen wurden von keinem der an der Sitzung vom 31. April 2009 teilnehmenden Wissenschaftler jemals geäußert und sind daher

auch nicht in den entsprechenden Sitzungsprotokollen zu finden.

Da das verbreitete Konzept vom „seismischen Spannungsabbau“ in erster Linie eine (pseudo-)wissenschaftliche Aussage ist, wurden in erster Instanz pauschal „sieben Wissenschaftler“ verurteilt, ohne jedoch die Rollen der Einzelnen zu unterscheiden.

Mehr als zwei Jahre nach diesem Urteil wurde im Oktober 2014 die Revision des Prozesses eingeleitet. Da in Italien die zweite Instanz generell immer in der Landeshauptstadt verhandelt wird, fand in diesem Falle der Revisionsprozess am Landgericht von L'Aquila (Hauptstadt der Region Abruzzo) statt. Aus emotionaler Sicht war es für die Richter sicherlich nicht ganz unproblematisch, den Prozess in der Stadt zu verhandeln, in der die Bevölkerung derart hohe persönliche Opfer gebracht hatte.

Nach zehn Verhandlungstagen wurde dann am 10. November 2014 das Urteil im Berufungsprozess gefällt. Demnach wurden sechs der verurteilten Teilnehmer der GRK-Sitzung vom 31. März 2009 wegen fehlenden Tatbestands freigesprochen, und lediglich De Bernardinis wurde wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung zu zwei Jahren Haft auf Bewährung verurteilt. Da in seiner Verurteilung ausdrücklich auf einen Strafregister-Eintrag verzichtet wurde, war es möglich, ihn zwischenzeitlich zum Präsidenten des Instituts für Umweltforschung und Umweltschutz (ISPRA) zu ernennen (s.a. NOSENKO 2014, *Nature*, doi: 10.1038/nature.2014.16179, und ROSEN 2014, *EOS* 95 (46), doi: 10.1002/2014EO460002).

Die in der Gerichtssaal anwesenden Angehörigen und Freunde der Opfer reagierten empört und waren aufgebracht: „Schande“ und „Mafiosi“ wurde gerufen. Tränen, Verzweiflung und Ärger bei der Bevölkerung L'Aquilas: „Heute haben sie unsere Kinder ein weiteres Mal umgebracht.“

Was hat die Richter dazu bewogen, das Urteil der ersten Instanz umzukehren? Da in Italien die Urteilsbegründung erst 90 Tage nach der Urteilsverkündung veröffentlicht wird, wird man sich mit der endgültigen Beantwortung dieser Frage noch gedulden müssen. Eines scheint allerdings jetzt schon klar zu sein: Die geäußerten beruhigenden Aussagen gingen nicht von den Wissenschaftlern aus. Sie waren es nicht, die, wie die Staatsanwaltschaft behauptete, „nachlässig handelten“, indem sie „unpräzise, unvollständige und widersprüchliche Informationen bzgl.

der seismischen Gefährdung“ äußerten und auf diese Weise die Sorgspflicht gegenüber der Bevölkerung vernachlässigten. Mit der Verurteilung von De Bernardinis wurde symbolisch jene Institution verurteilt, die in Italien allein für die Verbreitung der Information zuständig ist, nämlich der Zivilschutz. Für die Angehörigen der Opfer bedeutet dies konkret, dass die nach dem ersten Urteil von Seiten des Zivilschutzes geleisteten „Wiedergutmachungszahlungen“ nach dem Revisionsurteil nun nicht zurückgezahlt werden müssen.

Während in der ersten Instanz der Wissenschaft der Prozess gemacht wurde, deklarierte das Revisionsurteil den Prozess als ein Problem der öffentlichen Ordnung, die damals außer Kontrolle geriet, nachdem ein selbst ernannter Experte mit seiner falschen Erdbebenvorhersage unter der Bevölkerung Panik verbreitet hatte. Der Nationale Zivilschutz reagierte daraufhin mit beruhigenden, aber ebenso falschen Mitteilungen. Auf diese Weise wurde die aktuelle Gefahr dermaßen heruntergespielt, dass die Bevölkerung entgegen ihrer Gewohnheit auch nach spürbaren Beben weiterhin in ihren Häusern blieb.

Die wahren Motive der Richter, in der Revision das Urteil der ersten Instanz umzukehren, wird man erst vollständig nach der Veröffentlichung der Urteilsbegründung im Detail verstehen. Die Frage, warum zuerst einmal der Wissenschaft der Prozess gemacht wurde, wird darin allerdings sicher nicht beantwortet werden.